LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/15194**

11.08.2025

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6151 vom 23. Juni 2025
des Abgeordneten Henning Höne FDP
Drucksache 18/14971

Mit gutem Beispiel voran: Wo will der Ministerpräsident mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit wagen?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Ministerpräsident Hendrik Wüst hat ausweislich der Medienberichterstattung beim NRW-Tag der Jungen Union Nordrhein-Westfalen in Gummersbach mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit in Deutschland gefordert. Aus der Aversion gegen Risiken entstünden immer mehr Bürokratie, Prüfungen, Dokumentations- und Berichtspflichten. Er habe eine Debatte über die Frage, wie viel Risiko wir uns zumuten wollen, gefordert. Man habe, so der Ministerpräsident, einfach den Eindruck, in Deutschland sei alles entweder verboten oder versichert, was gefährlich sein könnte – und vielfach sogar beides.

Grundsätzlich ist diese Haltung für mehr Eigenverantwortung und weniger staatliche Eingriffe zu begrüßen. Sie steht allerdings im Widerspruch zum praktischen Handeln der CDU, angefangen von der CDU-geführten EU-Kommission bis zu detaillierten Regelungsvorschlägen aus CDU-Fraktionen auf kommunaler Ebene. Mit dem Finger ließe sich also erneut auf andere zeigen – so wie es der Ministerpräsident auch in anderen Debatten, wie beispielsweise zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, regelmäßig macht. Es stellt sich deswegen die Frage, wo der Ministerpräsident persönlich mehr Risiko wagen würde und vor allem, bei welchen landespolitischen Themen er mit gutem Beispiel voran gehen möchte.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 6151 mit Schreiben vom 8. August 2025 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie beantwortet.

Datum des Originals: 08.08.2025/Ausgegeben: 15.08.2025

1. Bei welchen landespolitischen Regelungen sind aus Sicht des Ministerpräsidenten mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit geboten?

2. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um für mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit in Nordrhein-Westfalen zu sorgen?

3. Welche Landesgesetze will die Landesregierung aufheben, um so für mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit zu sorgen?

4. Wie beabsichtigt der Ministerpräsident die von ihm eingeforderte Debatte über die Risikobereitschaft selbst so zu führen, dass sie in konkrete Maßnahmen mündet?

5. Wann hat die Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Hendrik Wüst nach eigener Einschätzung in der Rückschau nicht genug risikobereit gehandelt?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 5 zusammen beantwortet:

In der Rede, die in der Kleinen Anfrage 6151 zitiert wird, hat Ministerpräsident Hendrik Wüst eine gesamtgesellschaftliche Debatte über Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit in Deutschland gefordert. In der Bereitschaft zu mehr Risiko und Innovationsoffenheit sieht der Ministerpräsident eine zentrale Möglichkeit, die Chancen technologischer Entwicklungen besser zu nutzen und so Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit in Deutschland langfristig zu sichern.

Indem die Landesregierung konsequent Innovationen fördert, die Chancen durch technologische Entwicklungen hervorhebt, auf Vorbehalte in der Gesellschaft eingeht und innovationshemmende Bürokratie abbaut, ebnet die Landesregierung Innovationen den Weg und unterstreicht deren wertvollen Beitrag zur positiven Entwicklung unseres Landes. So hat die Landesregierung im Rahmen eines umfangreichen Pakets zum Bürokratieabbau unter anderem Praxis-Checks bei der Erarbeitung neuer Rechtsetzungsvorhaben eingeführt, die insbesondere die Perspektive der Unternehmen als Antragsteller einbeziehen, um dem Aufbau neuer Bürokratie vorzubeugen.

Dabei ist es unbestritten, dass sich Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit in unserer Gesellschaft nicht verordnen lassen. Sie müssen das Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Debatte sein. Der Ministerpräsident fordert eine solche breite Debatte und hat mit der zitierten Rede sowie mit Äußerungen an anderer Stelle Argumente für mehr Risikobereitschaft und Innovationsoffenheit angeführt. Er wird sich auch in Zukunft an dieser Debatte beteiligen.